



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

mit unserem Aufbruchspaket organisieren wir Deutschlands Aufbruch. Wir wollen Stabilität erhalten, die Konjunktur stärken und unsere Zukunft gestalten. Diese Woche berieten wir im Deutschen Bundestag wichtige erste Umsetzungsschritte wie beispielsweise das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz und den zweiten Nachtragshaushalt. Die eingeschlagene Richtung ist eindeutig: mehr Nachhaltigkeit, mehr Digitalisierung und mehr Unterstützung für Familien. Unser besonderes Augenmerk liegt auch auf Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ab dem 1. Juli 2020 sollen insgesamt 25 Mrd. Euro an Überbrückungshilfen zur Verfügung stehen — schnell, branchenübergreifend und unbürokratisch.

Der weltweite Wirtschaftseinbruch, den wir gerade erleben, ist auf Grund seiner Größe und Gleichzeitigkeit historisch einmalig. Eine solch tiefgreifende Krise verlangt andere Antworten als den Hinweis auf den Status Quo — auch und insbesondere in Europa. Jetzt kommt es darauf an, ob wir Europäer die Kraft finden, gemeinsame und zukunfts feste Ziele zu formulieren. Nur ein starkes und geeintes Europa ist bei globalen Herausforderungen wie Umwelt- und Klimaschutz, Migration und internationalem Handel gestaltungsfähig. Wir brauchen ein klares Bekenntnis für Zukunftsthemen in allen europäischen Initiativen. Nur mit einem solchen Selbstverständnis kann Europa auf Augenhöhe mit anderen großen Akteuren auf der Weltbühne agieren.

Auf der lokalen Bühne ist erfreulicherweise auch wieder mehr los. So konnte ich in der vergangenen Wahlkreiswoche u. a. das Frauenhaus in Gifhorn (s. S. 7) und die Peiner Umformtechnik GmbH (s. S. 9) besuchen.

Freundliche Grüße
Ihre und Eure



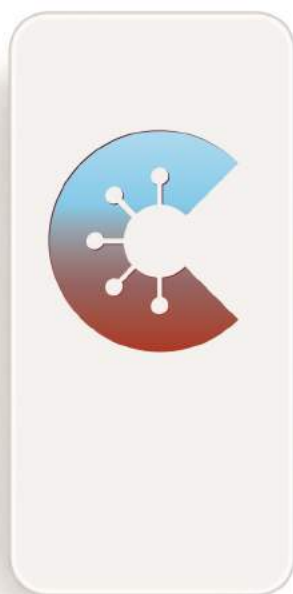
Bericht aus Berlin

Corona-Warn-App ist da, machen Sie mit!

Die Corona-Warn-App ist da!

Ich habe sie gleich am ersten Tag heruntergeladen! Sind Sie auch dabei?

Je mehr Menschen sich beteiligen, umso effektiver hilft sie bei der Eingrenzung und Lokalisierung akuter Ansteckungsherde. Dabei wird der Datenschutz ganz groß geschrieben, die App arbeitet anonym und warnt nur bei möglichem Kontakt. Also machen Sie mit und helfen Sie so, die Pandemie im Zaum zu halten.



DIE CORONA-WARN-APP:

**WIRD MIT
JEDEM NUTZER
NÜTZLICHER.**

Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen
und Corona gemeinsam bekämpfen.



Die
Bundesregierung

Das neue Werkzeug im Kampf mit der Pandemie erhalten Sie kostenlos im App Store und bei Google Play. Die Nutzung der App erfolgt auf freiwilliger Basis.

Bei Fragen zur Nutzung und zur Funktionsweise der App schauen Sie gerne [auf die Informationsseite der Bundesregierung](#).



Bericht aus Berlin

Zweiter Nachtragshaushalt 2020 beraten

Wir berieten den Entwurf für den zweiten Nachtragshaushalt 2020 in erster Lesung, mit dem wir die umfangreichen Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 finanziell unterlegen. Bestandteile des Haushaltes sind etwa steuerliche Hilfsmaßnahmen wie die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer oder der vereinbarte Bonus zum Kindergeld in der Höhe von 300 Euro pro Kind (s. Beitrag unten) mit einem Gesamtumfang von 17,6 Mrd. Euro. Enthalten sind weiterhin Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze für den Gesundheitsfonds und die soziale Pflegeversicherung in der Höhe von insgesamt 5,3 Mrd. Euro. Für Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden weitere 25 Mrd. Euro bereitgestellt. Der Bund stärkt durch eine Erhöhung seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und einen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV mit einem Gesamtvolumen von 13 Mrd. Euro die Finanzkraft von Ländern und Kommunen. Unter anderem sind weiterhin Liquiditätshilfen des Bundes für die Bundesagentur für Arbeit Bestandteil des Haushaltes.

Zusätzlich zu diesen Ausgaben zur Stabilisierung und Konjunkturbelebung umfasst der Nachtragshaushalt außerdem umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Zu nennen sind etwa Mittel für den Energie- und Klimafonds, für die Deutsche Bahn oder die Digitale Infrastruktur.

Unterstützung für Familien und gemeinnützige Organisationen

Um den vom Koalitionsausschuss beschlossenen Kinderbonus in Höhe von 300 Euro und weitere Entlastungen für Alleinerziehende zügig auf den Weg zu bringen, debattierten wir einen entsprechenden Gesetzentwurf in erster Lesung. Mit dem Kinderbonus wollen wir gezielt Familien mit kleinen und mittleren Einkommen in dieser herausfordernden Zeit unterstützen. Für Alleinerziehende wird der Entlastungsbetrag für die Jahre 2020 und 2021 mehr als verdoppelt. Der letzte Koalitionsbeschluss sieht darüber hinaus massive Investitionen in Kindergärten, Kitas und Krippen (2 Mrd. Euro) sowie in den Ausbau von Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung (1 Mrd. Euro) vor.

Rund eine Milliarde Euro soll ferner an die hart getroffenen Jugendherbergen, Schullandheime und gemeinnützige Einrichtungen fließen.

In meinen Augen: wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes!



Bericht aus Berlin

Gedenktag an den Volksaufstand in der DDR von 1953

Wir erinnern an den Freiheitswillen der Deutschen in der DDR, die am 17. Juni 1953 gegen Unterdrückung und Zwangsherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf die Straße gingen. Ihrem Mut und ihrem Beispiel gedachten wir am 17. Juni 2020 mit einer vereinbarten Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages. Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Am 17. Juni 1953 kam es an vielen Orten in der DDR zu Arbeitsniederlegungen, Streiks und Demonstrationen. In diesen brach sich der Unmut der Bevölkerung Bahn, die sich gegen Bevormundung in der SED-Diktatur zur Wehr setzte. Nur mit Hilfe sowjetischer Truppen und dem Einsatz von Panzern gelang es den Machthabern, den Volksaufstand unter einem hohen Blutzoll zu beenden. Mit dem brutalen Vorgehen offenbarte das Regime seinen undemokratischen und totalitären Charakter. Eine Abstimmung mit den Füßen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin setzte mit Macht ein. Die DDR konnte sich acht Jahre später nur mit Mauerbau im Jahr 1961 und Schießbefehl stabilisieren. Wir würdigten die mutigen Vorkämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit in diesem Teil Deutschlands in einer vereinbarten Debatte, in der wir auch der zahlreichen Opfer gedachten.

Wehrbeauftragte stellt ihren Bericht vor

In dieser Woche stellte die Wehrbeauftragte den Jahresbericht 2019 vor. Festgestellt wird, dass die materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zwar weiterhin unter den Erfordernissen bleibt, sich bei manchen Waffensystemen jedoch mittlerweile Verbesserungen abzeichnen. Der Bericht sammelt die Kritik aus der Truppe und hebt etwa hervor, dass Personallücken, materielle Mangelwirtschaft und bürokratische Überorganisation vielerorts prägend für die Bundeswehr bleiben. Beispielsweise seien mehr als 20.000 Dienstposten oberhalb der Mannschaftsebene nicht besetzt. Der Bericht plädiert dafür, eine dezentrale, ganzheitliche Verantwortungswahrnehmung in Bataillonen, Brigaden und Geschwadern einzurichten.



Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr, die für unsere Sicherheit und unsere Freiheit einsteht. Die Soldatinnen und Soldaten benötigen eine solide Ausrüstung, weniger Bürokratie und mehr gesellschaftliche Anerkennung. Dafür macht sich die Union mit der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer stark.



Bericht aus Berlin

Eindrücke aus Berlin — und Wolfsburg...



Auf dem Weg nach Berlin — wegen einer langen Ratssitzung in Gifhorn hatte ich am Montag eine späte Zugfahrt in die Bundeshauptstadt.



Sitzung der AG Kommunales
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
am Dienstag um 8.00 Uhr



Mit der Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium
Beate Kasch (links) sprachen wir Agrarpolitiker der Union über
die Unterstützung der Krabbenfischerei.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht.

Wir berieten Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie für Pauschalreiseveranstalter in erster Lesung. So soll etwa eine gesetzliche Regelung dafür geschaffen werden, den Reisenden statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anbieten zu können. Der Gesetzesentwurf enthält Bestimmungen zur Absicherung dieser Gutscheine gegen die mögliche Insolvenz der Reiseveranstalter.

Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude.

Wir setzen in zweiter und dritter Lesung eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Energieeinsparrechts für Gebäude in Kraft. Das neue Gesetz bündelt zu diesem Zweck bisherige Gesetze und Verordnungen in einem Gesetz mit dem Ansatz, den Primärenergiebedarf von Gebäuden gering zu halten. Zu diesem Zweck soll der Energiebedarf eines Gebäudes durch einen effizienten baulichen Wärmeschutz auf ein geringes Niveau geführt und der verbleibende Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Zudem werden mit dem Gesetz die im Rahmen des Klimapakets getroffenen Vereinbarungen rechtlich umgesetzt, wonach in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen ab 2026 nicht mehr gestattet ist. In diesem Gesetz regeln wir auch die Möglichkeit für die Länder, einen Abstand von 1.000 m zwischen Windrädern und Wohnbebauung zu regeln. Zudem wird der sog. PV-Deckel für den Ausbau von Photovoltaikanlagen aufgehoben.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes.

Wir verabschiedeten in zweiter und dritter Lesung Änderungen des Conterganstiftungsgesetzes. Zum einen sieht der Gesetzentwurf vor, dass Aberkennungen von Leistungen wie die Conterganrente nicht mehr erfolgen, wenn Fehlbildungen nicht eindeutig mit einem thalidomidhaltigen Präparat der Firma Grünenthal GmbH in Verbindung gebracht werden können. Wegen des zunehmenden Zeitablaufs ist der Nachweis in der Regel nämlich nur noch schwer möglich. Außerdem sollen die im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel von 30 Millionen Euro pro Jahr zur Unterstützung Thalidomidgeschädigter zukünftig auch zur Förderung medizinischer Kompetenzzentren verwendet werden können. Durch die Kompetenzzentren sollen die medizinischen Beratungs- und Behandlungsangebote und damit die Lebenssituation für thalidomidgeschädigte Menschen verbessert werden.

Einen Überblick über die knapp 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Gifhorner Frauenhaus leistet tolle Arbeit

In der vergangenen Wahlkreiswoche habe ich die Möglichkeit gehabt, mir im Frauenhaus Gifhorn ein Bild davon zu machen, wie die Situation zurzeit vor Ort ist, welche Arbeit geleistet wird und darüber hinaus Fragen und Anregungen aufzunehmen, um die Einrichtung zu unterstützen.

Gerade in der momentanen Lage war es interessant zu erfahren, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Inanspruchnahme des Frauenhauses hat und ob es insgesamt Einschränkungen gegeben hat. Die gute Nachricht war: Zumindest in Gifhorn war kein erkennbarer Anstieg häuslicher Gewalt in Bezug auf die Coronabedingungen zu verzeichnen, so hat es zu keiner erhöhten Nachfrage im Frauenhaus geführt, wie mir die Leiterin der Einrichtung Hella von Wedemeyer berichtete.

Aber auch weniger gute Nachrichten haben mir Frau von Wedemeyer und ihre Mitarbeiterin Frau Fetter mit auf den Weg gegeben. So erschwere zum Beispiel die Bürokratie die Arbeit ungemein. Etliche Auflagen verfehlten ihr Ziel, hinzu komme die personelle Unterbesetzung. Die Wahrnehmung von Begleitungen bei Behörden- und Arztbesuchen binde viel Zeit, so dass die Mitarbeiter oftmals weniger Zeit für ihre anderen vielfältigen Aufgaben hätten. „Diesen Job macht niemand des Geldes wegen. Wir sind alle hier, weil wir uns der wichtigen Aufgabe bewusst sind und wissen, dass wir helfen müssen. Aber es wird einem teilweise mehr als schwer gemacht“, berichtete Frau von Wedemeyer. Da ist es erfreulich zu erfahren, dass in Gifhorn der Neubau eines Frauenhauses in Planung ist und dadurch zumindest die räumliche Beengtheit dann der Vergangenheit angehören wird. Bei der Finanzierung hilft dabei auch das neue Förderprogramm des Bundes unter dem Titel „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“.



Ich konnte mich davon überzeugen, dass im Gifhorner Frauenhaus hervorragende, hochprofessionelle und engagierte Arbeit geleistet wird und nehme die Anregungen zum Bürokratieabbau und andere Punkte gern mit nach Berlin, um mich dort für Lösungen stark zu machen. Denn eines eint alle Beteiligten: die Bekämpfung von häuslicher Gewalt muss zusammenfassend auf allen Ebenen geführt werden.



Bericht aus dem Wahlkreis

Austausch mit dem Kinderschutzbund Gifhorn

Mit dem Kinderschutzbund in Gifhorn bin ich schon lange verbunden, nicht nur auf Grund meiner politischen Tätigkeit. Deshalb hat es mich besonders gefreut, dass der Gifhorner Verein mit Frau Bendack eine neue Jugendberaterin einstellen konnte. Frau Bendack hat bereits am 1. April die Stelle angetreten und die Zeit genutzt, um sich intensiv einzuarbeiten, Kontakte in Gifhorn und Umgebung zu knüpfen und ein eigenes Netzwerk aufzubauen. Das war auch der Grund meines Besuches an der Gifhorner Flutmulde. Es ist mir besonders wichtig, einen kurzen Draht zu Bürgern und Einrichtungen zu haben, die aufgrund ihrer Tätigkeit wissen, wo der Schuh drückt und wo Hilfe benötigt wird.

Frau Bendack berichtet, dass es gerade für Kinder und Jugendliche in der Corona-Zeit kaum Zufluchtsorte außerhalb der eigenen vier Wände gebe und auch das Angebot der eigenen Einrichtung bis auf ein Minimum heruntergefahren werden musste. Durch die eingeschränkte Erreichbarkeit fehlt vielen Jugendlichen und Kindern der Austausch mit Gleichaltrigen und Vertrauenspersonen, was zu noch nicht absehbaren psychischen Folgen führen kann. Deshalb freue ich mich persönlich mit den Kindern, die bereits wieder am pädagogischen



Mittagstisch teilnehmen oder andere Angebote auf dem Freigelände und dem Spielplatz des Kinderschutzbundes Gifhorn wahrnehmen können. Denn langsam, und unter großem hygienischem Aufwand, wird das Angebot wieder hochgefahren.

Zwei wichtige Anliegen hat mir Frau Bendack zum Abschied noch mit auf den Weg gegeben, die während der Corona-Krise ein wichtiger Bestandteil vieler Diskussionen waren und es immer noch sind.

Erstens, die fehlende Wertschätzung für die sog. Care-Arbeit. Egal ob Erzieherin, Sozialarbeiter, Kranken- und Altenpfleger, familiäre Unterstützung oder häusliche Pflege. Bürgerinnen und Bürgern, die sich in solchen Berufen engagieren, gebührt nicht nur der allergrößte Respekt, sondern auch eine angemessene Bezahlung.

Zweitens, die mangelnde digitale Ausstattung von Schulen und Familien und die damit verbundene Gefahr der Benachteiligung sozial schwacher Familien im Hinblick auf gleiche Bildungschancen. Hier müssen alle, egal ob Bund, Land oder Kommune, gegensteuern. Hierfür werde ich mich weiterhin einsetzen.



Bericht aus dem Wahlkreis

Besuch bei Peiner Umformtechnik GmbH

Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Ausbildungsmarkt ging es bei meinem Besuch der Peiner Umformtechnik GmbH (PUT) in der vergangenen Wahlkreiswoche. Gemeinsam mit meinem CDU-Landtagskollegen Christoph Plett, MdL sprach ich mit PUT-Geschäftsführer Christoph Brünner, dem stellvertretenden Werksleiter Martin Müller und dem Leiter der Ausbildungswerkstatt Christian Schatz über die Ausbildungssituation im Unternehmen.

Ich freue mich, dass der Peiner Schraubenhersteller gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten plant, in diesem Jahr vier Ausbildungsstellen zu schaffen.



Unabhängig davon: Der Bund unterstützt mit seinem Konjunkturpaket kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beim Erhalt und Ausbau von Ausbildungsplätzen in der Pandemiezeit. KMU, die ihr Ausbildungsplatzangebot 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren nicht verringern, erhalten für jeden neu geschlossenen Ausbildungsvertrag eine einmalige Prämie in Höhe von 2.000 Euro, die nach Ende der Probezeit ausbezahlt wird. Solche Unternehmen, die das Angebot sogar erhöhen, erhalten für die zusätzlichen Ausbildungsverträge 3.000 Euro. Ausbildungsbetriebe, die zusätzliche Auszubildende von insolventen Unternehmen übernehmen, werden bis zum Jahresende mit einer Übernahmeprämie unterstützt. Für das neue Ausbildungsjahr 2020/2021 ermöglichen wir zudem den flexiblen Einsatz von Formaten der Verbund- oder Auftragsausbildung.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 7-9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:
© Anne Bermüller/pixelio.de
Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Alle weiteren Fotos: privat